

Eine Wahl, zu der viele nicht hingingen

Kommentar zur BP-Wahl 2010 von Dieter Grillmayer

Die BP-Wahl vom 25. April brachte zwei Verlierer, nämlich Heinz Fischer und die FPÖ.

Für Heinz Fischer war es sicher ein Prestigeverlust, gerade einmal von einem Drittel der Österreicherinnen und Österreicher in seinem Amt bestätigt worden zu sein. Die ihm zugute gekommenen Anti-Rosenkranz-Stimmen und die ihm wegen seines Schweigens zu der üblen Medienhetze gegen seine Kontrahentin verweigerten Stimmen dürften sich wohl die Waage gehalten haben. Mit diesem Schweigen hat Fischer wieder einmal seine größte Schwäche demonstriert, nämlich die des fehlenden Mutes.

Barbara Rosenkranz trifft an dem mäßigen Abschneiden persönlich keine Schuld, abgesehen von dem zu spät erfolgten klaren Bekenntnis zu einer historischen Wahrheit, das ein Kandidat für das höchste Staatsamt spontan abzulegen hat. Das „Verbotsgesetz“ hat sie nicht selbst zum Thema gemacht, sondern das ist ihr unterschoben worden. In ihm eine Einschränkung der Meinungsfreiheit zu sehen ist legitim. Der untadelige Lebenslauf der FPÖ-Landesrätin und die gegen sie inszenierte Schmutzkübelkampagne haben viele ehrenwerte Leute – etlichen davon bin ich freundschaftlich verbunden – als öffentliche Unterstützer auf den Plan gerufen. Und doch war Rosenkranz die falsche Kandidatin.

Vordergründig deshalb, weil sie von der traditionellen ÖVP-Wählerschaft nicht angenommen wurde und weil sie das freiheitliche Wählerpotential bei Weitem nicht ausschöpfen konnte. 1980 hat es in der gleichen Konstellation der FPÖ-Kandidat Willfried Gredler trotz eines viel geringeren Stammwähleranteils und gegen einen untadeligen Gegner (Kirchschläger) auf 17 Prozent gebracht. Gredler, in dessen Unterstützungskomitee ich aktiv tätig war, habe ich mir auch als Staatsoberhaupt vorstellen können, Barbara Rosenkranz – Verzeihung – hingegen nicht.

Der FPÖ-Führung sollte auch zu denken geben, dass die Zuspitzung des Wahlkampfes auf das EU-Thema nichts gebracht hat. Wenn man so will, dann war nur für gut 15 Prozent von denen, die sich an der Wahl beteiligt haben, das sind knapp 8 Prozent aller Stimmbürger, eine Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag ein wirkliches „Muss“. Und das trotz eines als Einpeitscher fungierenden Medienszaren, dessen wahre Motive Zeit seines Lebens Rätsel aufgegeben haben.

Zuletzt sei noch die Hoffnung geäußert, dass die für österr. Verhältnisse ausgesprochen niedrige Wahlbeteiligung von der politischen Klasse in diesem Land richtig gedeutet wird. Man kann davon ausgehen, dass ein erheblicher Teil der Wahlverweigerer damit gegen die Wahl selbst protestiert hat. Das real vorhandene politische Gewicht eines österr. Bundespräsidenten rechtfertigt die (teure) Volkswahl nicht. Umgekehrt kann die Volkswahl den Amtsträger zur Selbstüberschätzung verleiten, wie das bei Thomas Klestil der Fall war. Als Staatsnotar erfüllt das protokollarische Staatsoberhaupt allerdings eine Kontrollfunktion, die ich nicht missen möchte. Der erst kürzlich demonstrierte Vorgang zur Wahl des deutschen Bundespräsidenten könnte als Muster für eine Reform dienen.